

13.09.93

G - Fz - In - K

Antrag

der Freien Hansestadt Bremen

**Entschließung des Bundesrates zur Schaffung der Rechtsgrundlagen
für die Einbeziehung des Erhaltungsaufwandes in die pflegesatz-
fähigen Kosten**

**BÜRGERMEISTER
KLAUS WEDEMEIER
DER PRSIDENT DES SENATS
DER FREIEN HANSESTADT BREMEN**

Bremen, den 9. September 1993

**An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine**

Sehr geehrter Herr Prsident,

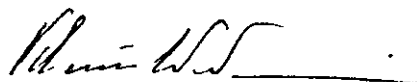
**der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat beschlossen, dem Bundesrat den beigegefgten
Antrag für eine**

**Entschließung des Bundesrates zur Schaffung der Rechtsgrundlagen
für die Einbeziehung des Erhaltungsaufwandes in die pflegesatz-
fähigen Kosten**

zuzuleiten.

**Ich bitte, den Entschließungsantrag gemäß § 36 Absatz 1 der Geschäftsordnung den
zuständigen Ausschüssen zuzuleiten.**

Mit freundlichen Gren



Klaus Wedemeier

**Entscheidung des Bundesrates zur Schaffung der Rechtsgrundlagen
für die Einbeziehung des Erhaltungsaufwandes in die pflegesatzfähigen Kosten**

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit dem Urteil vom 21.01.1993 (BVerwG 3 C 66.90) entschieden, daß Aufwendungen zur Substanzerhaltung von Krankenhäusern von den Ländern nicht gefördert werden dürfen, sondern in den Pflegesatz eingehen müssen. Begründet wurde dies mit dem Investitionsbegriff des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Dieser sei eindeutig, daher dürfe eine Förderung nicht auf § 4 Nr. 2 a der bundesrechtlichen Abgrenzungsverordnung gestützt werden; diese Vorschrift sei unwirksam. Die Bundesregierung sei auch nicht ermächtigt, den gesetzlichen Investitionskostenbegriff auszuweiten und den Begriff der pflegesatzfähigen Kosten gleichzeitig entsprechend einzuschränken.

Folge des Urteils ist, daß Erhaltungsaufwendungen nach dem geltenden Krankenhausrecht den laufenden Kosten der Krankenhäuser zuzuordnen und von den Krankenkassen in den Pflegesätzen zu berücksichtigen sind.

Wegen der großen Bedeutung der Erhaltungsaufwendungen für die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit einer Vielzahl von Krankenhäusern besteht ein dringlicher Handlungsbedarf. Entgegen der Auffassung des Gesundheitsministers sind hier aber nicht die Länder, sondern es ist die Bundesregierung zum Handeln verpflichtet. Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung auf, die vom Bundesverwaltungsgericht geforderte rechtliche Klarstellung umgehend durch eine ausdrückliche Einbeziehung des Erhaltungsaufwandes in die pflegesatzfähigen Instandhaltungskosten zu schaffen, um dadurch eine Erstattung über den Pflegesatz durch die Krankenkassen für die geförderten Krankenhäuser auch in den Jahren 1993 bis 1995 zu ermöglichen.

Eine Klarstellung in § 4 Abs. 3 Nr. 2 der Bundespflegesatzordnung ist daher geboten.

05.11.93

Beschluß
des Bundesrates

**Entschließung des Bundesrates zur Schaffung der Rechtsgrundlagen für die
Einbeziehung des Erhaltungsaufwandes in die pflegesatzfähigen Kosten**

Der Bundesrat hat in seiner 662. Sitzung am 5. November 1993 die aus der
Anlage ersichtliche Entschließung gefaßt.

Anlage

**Entschließung des Bundesrates
zur
Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Einbeziehung des
Erhaltungsaufwandes in die pflegesatzfähigen Kosten**

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit dem Urteil vom 21.01.1993 (BVerwG 3 C 66.90) entschieden, daß Aufwendungen zur Substanzerhaltung von Krankenhäusern von den Ländern nicht gefördert werden dürfen, sondern in den Pflegesatz eingehen müssen. Begründet wurde dies mit dem Investitionsbegriff des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Dieser sei eindeutig, daher dürfe eine Förderung nicht auf § 4 Nr. 2a der bundesrechtlichen Abgrenzungsverordnung gestützt werden; diese Vorschrift sei unwirksam. Die Bundesregierung sei auch nicht ermäch­tigt, den gesetzlichen Investitionskostenbegriff auszuweiten und den Begriff der pflegesatzfähigen Kosten gleichzeitig entsprechend einzuschränken.

Folge des Urteils ist, daß Erhaltungsaufwendungen nach dem geltenden Krankenhausrecht auch in den bisher nach § 4 Nr. 2a AbgrV förderfähigen Fllen den laufenden Kosten der Krankenhäuser zuzuordnen und von den Krankenkassen in den Pflegesätzen zu berücksichtigen sind.

Wegen der großen Bedeutung der Erhaltungsaufwendungen für die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit einer Vielzahl von Krankenhäusern und für eine dauerhafte Sicherstellung der stationären Versorgung der Patientinnen und Patienten besteht ein dringlicher Handlungsbedarf. Entgegen der Auffassung des Bundesministers für Gesundheit sind hier aber nicht die Länder, sondern es ist die Bundesregierung zum Handeln verpflichtet. Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung auf, die auf Grund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.01.1993 für den Verwaltungsvollzug notwendige gesetzliche Klarstellung umgehend durch eine ausdrückliche Einbeziehung des Erhaltungsaufwandes in die pflegesatzfähigen Instandhaltungskosten zu schaffen, um dadurch eine Erstattung über den Pflegesatz durch die Krankenkassen für die geförderten Krankenhäuser auch in den Jahren 1993 bis 1995 zu ermöglichen.

Eine Klarstellung in § 4 Abs. 3 Nr. 2 der Bundespflegesatzverordnung ist daher geboten.